



An:  
Oberbürgermeister der Stadt Eisenach  
- Herrn Matthias Doht -

NPD-Fraktion Eisenach  
Postfach 10 16 39  
99817 Eisenach

Eisenach, den 08.09.2011

### Antrag der NPD-Fraktion Eisenach Änderungsantrag zu TOP 6 – Fortschreibung der Schulnetzplanung für die staatlichen Schulen der Stadt Eisenach für den Zeitraum der Schuljahre 2012 / 2013 bis 2017 / 2018

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. Punkt 1a.) der Beschlüßvorlage wird ersatzlos gestrichen.
2. Punkt 2a.) der Beschlüßvorlage wird ersatzlos gestrichen.
3. Punkt 2b.) der Beschlüßvorlage wird ersatzlos gestrichen.
4. Punkt 3.) der Beschlüßvorlage wird wie folgt geändert: Die Verwaltung wird beauftragt, die Errichtung eines Bildungshauses zum 31.10.2011 zu prüfen. Ungeachtet des Ergebnisses bleibt der Schulstandort der Grundschule Neuenhof erhalten.

#### Begründung:

Zu 1.: Der Antrag auf Errichtung einer Gemeinschaftsschule am Schulstandort Altstadtstraße resultiert einzig und allein aus dem Druck auf die Schulleitung. Weil der Zweck die Mittel heiligt, will man über die Gemeinschaftsschule den Regelschulstandort retten. Das ist nachvollziehbar, spiegelt aber keinesfalls den Willen der Betroffenen wider. Die Besichtigung der beiden Schulen durch den Sozialausschuß, an welcher auch die NPD-Fraktion teilgenommen hat, haben gezeigt, daß die Kapazitäten der Oststadtschule mitnichten für die Unterbringung beider Schulen ausreichen. Die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage 0230/2011 der NPD-Fraktion zeigt, daß eine genaue Prüfung der Machbarkeit einer Schließung der Grundschule „Am Petersberg“ und die Zusammenführung der beiden Schulen in der Oststadt nicht stattgefunden hat. Die Oststadtschule muß eine eigenständige Regelschule bleiben. Schon jetzt hat durch die Vermietung verschiedener Klassenräume nicht jede Klasse einen eigenen Klassenraum. Die Gründe für die Schließung der Regelschule sind rein fiskalisch. Nicht geprüft wurden ihre stadtentwicklungspolitischen, pädagogischen und demographischen Auswirkungen.

Zu 2: Wie bereits ausgeführt, hat es die Stadtverwaltung unterlassen, darzulegen, weshalb für die Grundschule „Am Petersberg“ weder jährlich fließende Mittel des Landes in Form der Investitionspauschale künftig verwendet werden können, noch die Haushaltsituation der Stadt bis 2020 keinerlei Investitionen zuläßt. Die Schließung dieser vorbildlichen Schule mit all ihren Einrichtungen vom Steingarten bis zum Schulgarten ist kurzfristig gedacht. Die Stadtverwaltung hat es ebenfalls unterlassen, ihre Kostenschätzungen bei einem solch emotionalen Thema durch Kostenangebote und einen Vergleich zu mit einem Umzug notwendigen Investitionskosten in der Oststadtschule zu untersetzen. Das läßt darauf schließen, daß auch in diesem Fall einzig die Entlastung des Haushaltes bedacht wurde. Nicht bedacht worden ist, daß die Kinder von Heute die Steuerzahler von Morgen sind und es breite Voraussetzungen dafür geben muß, daß in Eisenach ausreichend Familien gegründet werden und Zuzüge verzeichnet werden können, die endlich einmal wieder einen Geburtenüberschuß ermöglichen.





Zu 3: Dieser Punkt wäre nach Beschlußfassung von Punkt 2. hinfällig.

Zu 4. Hier gilt immernoch das, was wir im Änderungsantrag zur Einleitung des Beteiligungsverfahrens ausgeführt haben:

Die Grundschule Neuenhof muß erhalten bleiben. Im Zusammenhang mit einer unlängst in Eisenach geführten Debatte zum „demographischen Wandel“ (Aktiv im Alter) wurde auch über eine Belebung der Ortsteile gesprochen und darüber, wie das Leben in den ländlichen Regionen der Stadt attraktiver gemacht werden kann. Eine Schließung der Grundschule Neuenhof wäre ein verheerendes Zeichen für das Leben in ländlichen Regionen im Verantwortungsbereich der Stadt Eisenach und würde derartige Ziele konterkarieren.

Auch die Zusammenfassung aus unserem ersten Antrag besitzt nach wie vor volle Gültigkeit:

Wenn im zurückliegenden Kommunalwahlkampf davon gesprochen wurde, daß ein „Geheimplan“ im Zusammenhang mit der Zukunft der Eisenacher Schulen existiert, erscheint das im Hinblick auf die Verteilung von Investitionen nicht völlig abwegig. Es widerspricht den Grundsätzen eines demokratischen Entscheidungsprozesses, wenn kommunale Wahlbeamte mit einer großen Koalition im Rücken Langzeitpläne entwickeln und scheinbar lange vor den Entscheidungen der gewählten Bürgervertreter Mittel so verteilen und Maßnahmen dergestalt ergreifen, daß am Ende „Gründe“ für eine Schließung von Schulen vorhanden sind.

Die Bildungs- und Schullandschaft Eisenachs sollte in ihrer bisherigen Form erhalten bleiben.

Der Konsolidierungszwang der städtischen Finanzen ist der NPD-Fraktion mehr als bewußt. Schulen dürfen jedoch nicht vordergründig unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten bewertet werden. Das Schulnetz ist auch nicht demographischen Entwicklungen anzupassen, sondern entgegen dieser politisch verursachten Entwicklung zu planen.

Kinder brauchen wohnortnahe und überschaubare Schulen und Klassengrößen, die Geborgenheit liefern, die für eine anständige Sozialisation unabdingbar ist.

Die Haushaltssituation darf nicht auf Kosten von Kindern, Eltern und pädagogischem Personal verbessert werden. Die bisherigen Erfahrungen mit der Zusammenlegung von Schulen bzw. Schulstandorten zeigen, daß unter diesen Maßnahmen Pädagogik, die Entwicklung der Kinder und der Aufbau von Bindungen leiden.

Für die Fraktion:

Patrick Wieschke  
Fraktionsvorsitzender

